

(Abg. Möller)

gen - die Experten der Enquetekommission haben uns wiederholt darauf hingewiesen -, dass es bei jungen Paaren große Lücken zwischen durchaus vorhandenen Kinderwünschen und deren Realisierung gibt. Aber schon an dritter Stelle der Gründe, warum Paare eine Entscheidung für ein Kind immer wieder aufschieben und schließlich ganz darauf verzichten, steht schon die mangelhafte oder fehlende Kinderbetreuungsinfrastruktur im vorschulischen oder im schulischen Bereich. Es ist eindeutig, dass hier die Politik gefragt ist.

(Beifall der Abgeordneten Ries (SPD).)

In diesem Bereich muss hier bei uns im Saarland sowohl quantitativ als auch qualitativ nachgebessert werden. Das drückt unser Antrag aus.

(Beifall bei der SPD.)

Der Blick nach Frankreich oder in die skandinavischen Länder zeigt, dass Staaten mit einer gut ausgebauten Betreuungsinfrastruktur dazu beitragen können, dass vorhandene Kinderwünsche auch realisiert werden. Damit die Bevölkerung nicht schrumpft, müsste jede Frau 2,1 Kinder zur Welt bringen. Die Geburtenrate beträgt in den skandinavischen Ländern 1,9 Kinder, in Frankreich 2,0, in Island 2,1 und hat damit das bestandserhaltende Niveau erreicht. Von diesem Zustand sind wir im Saarland - ich habe es bereits erwähnt - mit 1,2 Kindern pro Frau meilenweit entfernt.

Zusätzlich - das ist besonders schade - leisten wir uns in Deutschland - auch aus dem Saarland kamen entsprechende Beiträge - noch die sogenannte Rabenmütterdiskussion um die Frage, ob und wenn ja, ab wann es eine Mutter verantworten kann, ihr Kind professionellen Betreuungspersonen anzuvertrauen, um dann selbst berufstätig sein zu können. Davon sollten wir uns dringend lösen und statt dessen die individuelle Entscheidung jeder jungen Familie akzeptieren und für ihre Erziehungsleistung ein Klima der Anerkennung und Wertschätzung schaffen.

(Beifall bei der SPD.)

Im Hinblick auf den demografischen Wandel müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass vor allem die gut ausgebildeten Frauen beides wollen - Kinder erziehen und berufstätig sein. Stimmen die Kinderbetreuungsmöglichkeiten aus ihrer Sicht nicht, entscheiden sie sich dann in der Regel für den Beruf und gegen Kinder. In diesem Zusammenhang waren die in letzter Zeit vor allen Dingen im Saarland von der familienpolitischen Sprecherin der Linken geäußerten Vorschläge nicht nur wenig hilfreich, sondern sie lösten zu Recht eine riesige Empörung aus, sodass sie zum Teil wieder zurückgenommen werden mussten. Diese Vorschläge sollten wir dort lassen, wo sie meiner Meinung nach auch hingehören, nämlich in der Mottenkiste.

(Beifall bei der SPD und vom Abgeordneten Jungmann (CDU).)

Für Einzelkinder, für Kinder aus bildungsfernen Schichten, für Spätaussiedlerkinder oder für Kinder mit Migrationshintergrund kann es im Hinblick auf ihre frühkindliche Bildung und Entwicklung geradezu ein Segen sein, wenn sie eine Kinderbetreuungseinrichtung mit unterschiedlichsten Kontaktmöglichkeiten, einem anregenden Lernmilieu und individuellen Fördermöglichkeiten im sprachlichen Bereich besuchen. Damit diese Angebote auch für alle Kinder offen stehen, sind sie nach dem vorliegenden Antrag mittelfristig kostenfrei zu stellen. Diese Aussage halte ich für ganz wesentlich, für einen Schritt in die richtige Richtung und, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wir werden genau aufpassen, dass es auch die entsprechenden Aktivitäten in diese Richtung gibt.

(Beifall bei der SPD.)

Denn die quantitative und qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung leistet auch einen wesentlichen Beitrag zur Integration von Migrantenkindern. Kinder von Ausländern sollten so früh wie möglich, am besten im Kindergarten und zusammen mit deutsch sprechenden Spielkameraden, die deutsche Sprache erlernen können. Dafür gibt es gute Programme, die auch die Eltern und insbesondere die Mütter einbeziehen. Damit solche Maßnahmen gelingen, ist ein offenes, tolerantes und vorurteilsfreies Klima notwendig. Wir haben eben beim vorangegangenen Tagesordnungspunkt darüber gesprochen, wie wichtig es ist, auch den Kindern von Asylbewerbern die entsprechenden Bildungsmöglichkeiten zu verschaffen. Dem können wir uns nur anschließen, das ist in unserem Antrag auch ausdrücklich ausgewiesen.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, es ist klar, dass der demografische Wandel von effektiven Maßnahmen in der Familien-, der Integrations- und Migrationspolitik positiv beeinflusst werden kann. Wir haben im vorliegenden Antrag in zahlreichen Details ausgeführt, wie dies geschehen kann. Nach unserer Meinung ist er eine gute Grundlage für das entsprechende Regierungshandeln. - Ich bitte Sie alle um Zustimmung zu diesem Antrag und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Alexander Funk.

Abg. Funk (CDU):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Frau Kollegin Möller hat bereits auf die gemeinsame Arbeit der vergangenen zwei Jahre in der Enquetekommission hingewiesen. Die Diskussionen dort sind nicht immer ganz einfach. Um so erfreulicher ist es, dass wir einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen, einen Teilbereich dieser Arbeit heute der Öffentlichkeit vorstellen können.

Eine Geburtenrate von 1,2 Kindern pro Frau und ein hoher Anteil von Über-60-Jährigen an der Gesamtbevölkerung machen deutlich, dass das Saarland schon heute, verglichen mit den anderen westdeutschen Bundesländern, vom demografischen Wandel in ganz besonderer Weise betroffen ist. Wurden bei uns nach Angaben des Statistischen Landesamtes 1990 noch 11.210 Kinder geboren, waren es 2006 nur noch 7.222 Kinder. Ob durch die Wirkungen des Elterngeldes in 2007 eine Trendwende erreicht wird, kann zurzeit noch nicht gesagt werden.

Die Erwartung, die Geburtenzahl könne vielleicht wieder auf über 8.000 Kinder steigen, wäre sehr optimistisch. Denn wir müssen uns vergegenwärtigen, dass die Zahl der potenziellen und auch tatsächlichen Mütter - also die Anzahl der Frauen im gebärfähigen Alter - im Saarland von 1990 bis 2006 von 200.000 auf 157.000 zurückgegangen ist. Es fehlen also 43.000 Frauen, die entweder ein erstes oder weitere Kinder bekommen können. Der Anteil der Über-60-Jährigen an der Gesamtbevölkerung stieg von 1990 von einem Fünftel bis 2006 schon auf ein Viertel der Bevölkerung und wird im Jahre 2020 auf ein Drittel steigen.

Diese wenigen Zahlen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden Ihnen schon deutlich gemacht haben, dass wir vor einem tief greifenden Wandel in der Zusammensetzung unserer Bevölkerung stehen. Politik muss sich dabei immer bewusst sein, dass die Ursachen für diesen demografischen Wandel ganz wesentlich in einem tief greifenden Paradigmenwechsel bei den Lebensentwürfen der Menschen begründet sind.

Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes bleiben zum Beispiel in Westdeutschland 25 Prozent der Frauen und ein

(Abg. Funk)

Drittel der Männer im gesamten Leben ledig. Die Hoffnung, dass das eine oder andere Regierungsmitglied noch heiratet, ist eher gering.

(Heiterkeit.)

Diese beiden Zahlen mögen als Hinweis dienen, wie tief der Wandel in den Lebensformen und der Lebensplanung der Menschen mittlerweile ist und dass die Institutionen Ehe und Familie nicht mehr die starke gesellschaftliche Verhaltensnormierung wie noch in den Fünfziger- und Sechzigerjahren des letzten Jahrhunderts haben.

Darüber hinaus müssen wir konstatieren, dass die Erwerbsarbeit positiver bewertet wird als die Hausarbeit und bei Männern wie Frauen auch bei vorhandenem Kinderwunsch eine hohe Berufsorientierung vorhanden ist. Bei einer Untersuchung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung zu Kinderwünschen bei Männern und Frauen im Alter zwischen 20 und 39 Jahren in Ost- und Westdeutschland stellte sich heraus, dass rund 17 Prozent der Frauen, aber 28 Prozent der Männer in Westdeutschland Kinder nicht in ihre Lebensplanung einbezogen. Der durchschnittliche Kinderwunsch lag in Westdeutschland bei den Frauen bei 1,73 und bei den Männern bei 1,59. Das ist der niedrigste Wert in Europa. In Finnland liegt dieser Wert bei den Frauen bei 2,14 und bei den Männern bei 2,18.

Wir haben in Deutschland einen außerordentlich geringen Kinderwunsch, der unter anderem auch erklärt, warum so wenige Kinder geboren werden. Für uns als Politiker sind diese Zahlen deshalb interessant, weil häufig noch die Vorstellung vorhanden ist, die Menschen wünschten sich eigentlich genügend Kinder, man müsse nur die Bedingungen verbessern, damit die Kinderzahlen wieder ansteigen. Die Ergebnisse zeigen aber, dass sich die Menschen keine oder nur wenige Kinder wünschen. Die Spanne zwischen Kinderwunsch und Kinderzahl ist mittlerweile äußerst gering.

Schaut man sich in den gleichen Untersuchungen an, warum sich die Menschen gegen Kinder oder gegen weitere Kinder entscheiden, so stellt sich heraus, dass Zukunftsängste - ich mache mir zu viele Sorgen darüber, was meine Kinder erwartet - und Kostenaspekte einen herausragenden Platz einnehmen. Von ganz besonderer Bedeutung ist darüber hinaus für potenzielle Eltern die Sicherheit des Arbeitsplatzes, wie eine Untersuchung der Bosch-Stiftung belegt. Wer sich seiner materiellen Zukunft nicht sicher ist, nicht zumindest mittelfristig finanziell planen kann, der wird in der Regel den Kinderwunsch aufschieben oder sogar ganz von ihm Abstand nehmen. Hier hat die Politik durchaus Einflussmöglichkeiten, indem wir versuchen, den Menschen die Zukunftsangst zu nehmen, indem wir unseren Beitrag zur Schaffung von sicheren Arbeitsplätzen leisten und deutlich machen, welche finanziellen Leistungen der Staat den Familien tatsächlich zur Verfügung stellt. Wir sollten uns hier ein Beispiel an unserem Nachbarn Frankreich nehmen, der alle familienpolitischen Leistungen in den vergangenen Jahren in einer Familienkasse zusammengeführt hat. Viele Familien in unserem Lande sind nicht mehr ausreichend über die finanziellen Fördermöglichkeiten informiert. Familienbüros auf kommunaler Ebene könnten hier Abhilfe schaffen.

Ein weiterer Aspekt für den tief greifenden Wandel ist die verbreitete Auffassung, dass Kinder - so die schon erwähnte Bosch-Stiftung in ihrer Untersuchung - die Lebensfreude kaum steigern. Auf die Frage, ob eine Frau Kinder brauche, um ein erfülltes Leben zu führen, antworteten lediglich 30 Prozent der befragten Frauen und Männer mit Ja. Wenn die Kinderzahl aber weiterhin abnimmt, bekommen immer weniger Menschen mit, was es überhaupt bedeutet, Kinder zu kriegen. Wenn Sie in Länder in Urlaub fahren, die von der Bevölkerungspyramide her jünger sind, dann sehen Sie, wie dort Kinder im Alltag präsent sind. Im Saarland gibt es durchaus Stadtteile oder Straßenzüge, die fast kinderfrei sind. Die geschilderten Einstellungen sind aber nur ein Aspekt, warum Menschen dauerhaft kinderlos bleiben.

Eine Gruppe, die mittlerweile besondere Aufmerksamkeit erfährt, sind die hoch qualifizierten Frauen. Wenn nach Angaben des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung fast 40 Prozent der Akademikerinnen dauerhaft kinderlos bleiben, nach Angaben des Landesamtes für Statistik in Nordrhein-Westfalen an den dortigen Universitäten drei Viertel der Frauen bis 44 Jahre des akademischen Mittelbaus kinderlos sind, dann stellt sich schon die Frage nach Veränderung von Strukturen und Einstellungen, damit auch diese Gruppe von Frauen die durchaus vorhandenen Kinderwünsche realisieren kann. Vor dem Hintergrund, dass wir an den Universitäten mittlerweile mehr weibliche als männliche Studierende haben und immer mehr hoch qualifizierte Frauen in die Berufswelt eintreten wollen, sind hier ganz dringlich Veränderungen vonnöten. Ein weiterer Aspekt, der auch Kinderlosigkeit bedingen kann, ist, dass es gerade die schon erwähnten hoch qualifizierten Frauen sind, die nicht den richtigen Partner für eine Familiengründung mit Kind finden. Herr Braun, trotz generischem Maskulin: Diesen Frauen sind die Männer einfach oft zu dumm.

(Lachen und Sprechen.)

Meine Damen und Herren, ich denke, die von mir geschilderten Fakten haben deutlich gemacht, dass die Entscheidung für ein Kind zum einen von persönlichen Werten, von der Qualität der Partnerschaft, von der familiären Tradition, von der Emanzipation der Menschen und von den jeweiligen persönlichen Zukunftserwartungen abhängig sind. Nicht zu unterschätzen sind aber zum anderen die Maßnahmen der staatlichen Unterstützung, die persönliche finanzielle Situation der Betroffenen, die Chancen am Arbeitsmarkt, das berufliche Umfeld, das gesellschaftliche Klima für Familie und Kinder sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Von überragender Bedeutung für die Bewältigung des demografischen Wandels ist gerade der von mir letztgenannte Aspekt, nämlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung hat festgestellt, dass 61,3 Prozent der Frauen im Westen und 82,9 Prozent der Frauen im Osten mit Kindern weiterhin - wenn auch mit unterschiedlich zeitlichen Abstufungen - im Beruf bleiben wollen. Untersuchungen des Instituts der deutschen Wirtschaft belegen sehr klar, das gewünschte Modell in Deutschland ist, dass der Mann Vollzeit und die Frau Teilzeit arbeitet, wenn man kleine Kinder hat.

Die Realität ist aber: Die Hälfte der Paare wählt das Modell, dass die Frau daheim bleibt; aber nur ganze sechs Prozent wollen dies eigentlich. Das ist ein eklatantes Ergebnis. Die Hälfte der Bevölkerung macht etwas, was sie eigentlich gar nicht will. Alle Daten deuten darauf hin: Wenn gestützt durch konkrete Erfahrungen die Meinung vorherrscht, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei schwierig, dann werden Kinderwünsche verschoben beziehungsweise ganz aufgehoben. Hier besteht erheblicher Handlungsbedarf.

Wenn man die Betroffenen fragt, welche Maßnahmen es erleichtern könnten, Kinder zu bekommen, so fallen die Antworten nach einer Studie der Bosch-Stiftung ziemlich eindeutig aus. An erster Stelle steht die Forderung für mehr und bessere Teilzeitarbeitsmöglichkeiten mit Kindern, an zweiter Stelle die Forderung nach flexiblen Arbeitszeiten für berufstätige Eltern mit Kindern, an dritter Stelle die Forderung nach besseren Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern ab drei Jahren bis zum Schulalter, an vierter Stelle die Forderung nach einem finanziellen Zuschuss für Familien mit Kindern, dessen Höhe vom Familieneinkommen abhängig ist, an fünfter Stelle eine niedrigere Lohn- und Einkommenssteuer für Eltern mit Kindern und an sechster Stelle die finanzielle Unterstützung für Mütter und Väter, die ihre Berufstätigkeit aufgeben möchten, weil sie sich um ihre Kinder kümmern möchten, solange sie klein sind. An siebter Stelle stehen bessere Möglichkeiten zur Tagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren, an achter Stelle Betreuungseinrichtungen für Schulkinder nachmittags und in den Schulferien, an neunter

(Abg. Funk)

Stelle ein beträchtlicher Anstieg des Kindergeldes auf 250 Euro pro Kind und Monat, an zehnter Stelle ein besseres Angebot von Ganztagschulen und an elfter Stelle ein finanzieller Zuschuss bei der Geburt eines Kindes.

Meine Damen und Herren, eines wird bei dieser Aufzählung deutlich. Am wichtigsten sind den Betroffenen Vereinbarungsmöglichkeiten im Berufsleben. Hierin liegt für alle Betriebe noch ein gewaltiges zu bearbeitendes Feld. Wer als Arbeitgeber angesichts der sich jetzt schon abzeichnenden Verknappung bei der Anzahl an qualifizierten Arbeitskräften in Zukunft geeignete Arbeitskräfte einstellen will, der wird eine wesentlich höhere Bereitschaft als heute mitbringen müssen, auf die Flexibilisierungswünsche der Betroffenen - insbesondere der Frauen - einzugehen. Die große Mehrheit der Frauen will im Beruf bleiben. Wenn wir sie zu mehr Kindern ermuntern wollen, dann sind in erster Linie die Vereinbarungsmöglichkeiten entscheidend zu verbessern.

Wenn 66 Prozent der Frauen in der schon zitierten Studie der Bosch-Stiftung die Befürchtung haben, dass durch die Geburt eines Kindes ihre beruflichen Chancen deutlich schlechter wären, dann zeigt das auf, wie viel Bewusstseinsarbeit in unserer Gesellschaft zu leisten ist. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sind wir darauf angewiesen, dass möglichst viele Frauen mit Kindern im Beruf bleiben. Ansonsten werden wir angesichts der im nächsten Jahrzehnt deutlich zurückgehenden Zahl der Schulabgänger und der ab dem Jahr 2020 steigenden Zahl der in Rente gehenden Baby-Boomer der Sechzigerjahre große Schwierigkeiten haben, unsere Wirtschaftskraft und damit unseren Wohlstand zu sichern.

(Beifall bei der CDU.)

Familienbezogene Personalpolitik hat jedoch nicht nur die Kinder, sondern auch die Alten im Blickpunkt zu haben. Wegen der Verschiebungen in der Altersstruktur - auch der Belegschaften in den Betrieben - wird das sogenannte Töchterpflegepotenzial in Zukunft nicht mehr funktionieren, weil es zum einen insgesamt weniger Frauen geben wird, weil die Frauen der infrage kommenden Altersgruppen deutlich häufiger im Beruf sein werden als heute und weil die räumlichen Distanzen zwischen den Generationen, bedingt durch die erforderliche berufliche Mobilität, deutlich zunehmen werden. Auch hier wird es immer wichtiger werden, auf die Vereinbarungswünsche der betroffenen Personen Rücksicht zu nehmen.

Schon an dritter Stelle und auch in den weiteren Nennungen einen wichtigen Platz nimmt die Forderung nach besseren Betreuungsmöglichkeiten für Kinder ein. Hier sind wir im Saarland auf einem guten Weg. Bei den Krippenplätzen nehmen wir im Vergleich mit den übrigen westlichen Bundesländern schon heute einen Spitzenplatz ein. Hier hat sich also in den letzten fünf Jahren schon Entscheidendes getan. Legt man jedoch das Tagesbetreuungs-Ausbaugesetz zugrunde, so müssen bis zum Jahr 2010 noch weitere 1.310 und bis zum Jahr 2013 nochmals 3.714 Plätze geschaffen werden, um die gesetzlichen Auflagen zu erfüllen.

Mit dem quantitativen Ausbau der Tagesbetreuung muss eine noch stärkere Flexibilisierung der Betreuungszeiten einhergehen. Arbeitszeiten der Frauen und Männer finden nämlich nicht nur zwischen 08.00 Uhr und 17.00 Uhr statt. Ich denke, dass der vom Gesetzgeber geplante Ausbau der Betreuung durch Tagesmütter dem Problem der sogenannten Randzeitenbetreuung und den Flexibilisierungswünschen der betroffenen Eltern entgegenkommt. In diesem Zusammenhang begrüße ich die von der Landesregierung in ihrem Entwurf zum Saarländischen Kinderbetreuungs- und -bildungsgesetz vorgesehene Möglichkeit, unter anderem auch Betriebskindergärten in die Förderung aufzunehmen. Dies ist insbesondere unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein weiterer Baustein zur Ausweitung und Flexibilisierung des Betreuungsangebotes. Gegenwärtig steht die quantitative Sicherstellung dieser

gesetzlichen Vorgabe im Mittelpunkt aller Bemühungen. Wir sollten dabei aber nicht die qualitative Ausgestaltung dieser Betreuungs- und - das sage ich ganz bewusst - Bildungsmöglichkeiten aus dem Auge verlieren. Zwei Sachverhalte sind nämlich mittlerweile allgemein unstrittig: Bildung ist der entscheidende Schlüssel für die Zuteilung von Lebenschancen. Und: Je früher ein Kind qualifiziert gefördert wird, desto größer sind seine Chancen, den gewählten Bildungsgang und die Berufsausbildung ohne Störungen zu durchlaufen.

Ich bin der festen Überzeugung: Je intensiver wir schon in den Kindertageseinrichtungen damit beginnen, Kinder insbesondere aus schwierigen sozialen Verhältnissen zu fördern, desto eher haben wir die Möglichkeit, der Polarisierung der Lebenschancen von Familien mit Kindern entschieden entgegenzutreten. Frühe Förderung ist nämlich auch ein entscheidender Beitrag zur Armutsbekämpfung.

Wenn wir den demografischen Wandel in unserem Land erfolgreich bewältigen wollen, können wir es uns künftig nicht mehr erlauben, auch nur eine Begabung nicht zu fördern.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn beispielsweise in Zukunft weniger Menschen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, kommt es darauf an, das vorhandene Humanvermögen deutlich zu steigern. Das Wichtigste in Deutschland sind die humanen Ressourcen, das Bildungskapital. Das ist der Rohstoff, der über unsere Zukunft entscheidet. Je größer - auch bei zurückgehender Bevölkerungszahl - das Humanvermögen in einer Gesellschaft wird, desto leichter sind die Folgen des sozialen und ökonomischen Wandels zu bewältigen. In ganz besonderer Weise trifft die Notwendigkeit einer Investition in die humanen Ressourcen auf die Gruppe unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu. Hier gilt es, so früh wie möglich durch Herkunft und Familienstruktur bedingte Nachteile auszugleichen. Schon in der Arbeit der Kindertagesstätten ist ganz besonderes Augenmerk auf die Kinder zu legen, die der deutschen Sprache entweder gar nicht oder nur unvollständig mächtig sind. Das von der Landesregierung initiierte Projekt „Früh Deutsch lernen“ ist ein richtiger Ansatz. Noch günstiger wäre es allerdings, die Sprachförderung würde mit dem Besuch des Kindergartens einsetzen. Dies setzt allerdings voraus, dass man sich intensiv darum bemüht, gerade die Eltern der zu fördernden Kinder zu ermuntern, sie so früh wie möglich in die Einrichtungen zu geben. Ich weiß, hier müssen die Ausländerbeiräte beziehungsweise die Integrationsbeauftragten auf der kommunalen Ebene noch viel Überzeugungsarbeit bei den Betroffenen leisten.

Wie wichtig auch in Zukunft die intensive frühe Förderung ist, zeigt die momentane Situation der ausländischen Schulabgänger. 17,5 Prozent verlassen die Schule ohne Abschluss; bei den deutschen Schulabgängern sind es 7,6 Prozent. 41,7 Prozent der ausländischen Schulabgänger verlassen unser Bildungssystem mit dem Hauptschulabschluss und 31,2 Prozent mit dem Realschulabschluss. Lediglich 1,4 Prozent der ausländischen Schulabgänger erwerben die Fachhochschulreife und 8,2 Prozent die Hochschulreife. Bei den deutschen sind es 24,8 Prozent. Auffällig ist allerdings, dass bei den höher qualifizierten Abschlüssen Ausländerinnen im Vergleich zu Ausländern eindeutig stärker vertreten sind. Die Situation bei den ausländischen Schulabgängern könnte sicherlich mit einer früh einsetzenden Förderung deutlich verbessert werden. Von großer Bedeutung ist dabei eine gezielte Ansprache der Elternhäuser. Mütter von Emigrantenfamilien sind nach meinen Erfahrungen deutlich aufgeschlossener als Väter.

Dass Menschen mit Migrationshintergrund in der Regel hier bleiben wollen, kann man zum einen aus der Zahl der im Saarland eingebürgerten Personen ersehen: Zwischen 2003 und 2006 ließen sich in unserem Land 5.448 Personen einbürgern. Zum anderen gibt es eine intensive Nachfrage auch von Altzuwanderern nach den Integrationskursen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.

(Abg. Funk)

Zu begrüßen ist dabei, dass man seitens des Bundes aufgrund der Erfahrungen und bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen die Ausweitung des Sprachunterrichts von 600 auf 900 Stunden ermöglicht hat. Besonderes Augenmerk müssen wir auf die Migranten der zweiten und dritten Generation richten. Sorgen machen hier vor allem die verzögerte Schullaufbahn, der damit verbundene verspätete Eintritt in das Erwerbsleben - wenn er überhaupt erfolgt - und die im Vergleich zur entsprechenden deutschen Gruppe in der Regel doppelt so hohe Arbeitslosigkeit. Hier sind besondere Anstrengungen nötig, wenn wir es nicht riskieren wollen, dass diese Menschen dauerhaft dem Arbeitsmarkt verloren gehen und fester Bestandteil unserer Transferbezugssysteme werden.

Nicht zuletzt wegen der starken Alterung der Bevölkerung brauchen wir auch im Saarland eine gezielte Einwanderung. Notwendig ist dabei, dass hierüber offen kommuniziert und die Bevölkerung mitgenommen wird. In gleicher Weise gehört aber in Richtung Ausländer, die einwandern wollen, dazu, dass man ihnen sehr klar sagt, was bei ihrer Einwanderung von ihnen erwartet wird und welche Leistungen sie zu erbringen haben. Die häufigen Vorbehalte, die in unserer Bevölkerung gegen eine Einwanderung noch vorhanden sind, haben ganz wesentlich mit den Erfahrungen zu Beginn der Neunzigerjahre zu tun, die von einer fast völlig unkontrollierten Einwanderung insbesondere in unsere sozialen Sicherungssysteme gekennzeichnet waren. Viele von Ihnen werden sich vielleicht noch an die zahlreichen Unterbringungsmöglichkeiten für Asylbewerber und Spätaussiedler erinnern. Mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 01. Januar 2005 gehört diese Entwicklung zum Glück der Vergangenheit an. Was jetzt gefragt ist, ist eine gezielte, an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes orientierte Einwanderung. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat gezeigt, dass die Beschäftigungsmöglichkeiten für Personen ohne Berufsabschluss um 50 Prozent zurückgegangen, für hoch qualifizierte dagegen um 300 Prozent gestiegen sind.

Integration findet in erster Linie auf kommunaler Ebene statt. In vielen saarländischen Kommunen kümmern sich Integrationsbeauftragte und auch die Ausländerbeiräte um diese nicht immer leichte Aufgabe. Will man auf diesem Feld erfolgreich sein, sind die Hinweise der Bertelsmann-Stiftung sicher hilfreich. Sie lauten wie folgt:

Erstens: Integrationskonzepte werden gemeinschaftlich entwickelt. Integration wird als Querschnittsaufgabe verankert und zur Chefsache gemacht. - Zweitens: Migrantinnen und Migranten werden an der Entwicklung der Maßnahmen beteiligt. - Drittens: Alle relevanten Akteure werden vernetzt und in die kommunale Integrationsarbeit eingebunden. - Viertens: Kommunale Integrationspolitik berücksichtigt besonders die Stadtteile. - Fünftens: Die Dienstleistungen der Kommune werden für alle geöffnet. Als Arbeitgeberin setzt die Kommune auch in der Personalpolitik Zeichen. - Sechstens: Die Wirkung integrationspolitischer Strategien und Maßnahmen wird im Rahmen eines Monitorings gemessen.

Schließlich muss gesteuerte Zuwanderung als Bestandteil des Strategiebündels für eine arbeitsmarkt- und demografieorientierte Standortpolitik verstanden werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir alle diese Aspekte berücksichtigen und in unserer täglichen Arbeit Schritt für Schritt umsetzen, werden wir im Saarland den demografischen Wandel positiv bewältigen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Manfred Baldauf.

Abg. Baldauf (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser heutiger gemeinsamer Demografieantrag

deckt mit den Themen Familie, Migration und Integration gleich mehrere Bereiche ab, zwischen denen auf den ersten Blick kein Zusammenhang besteht. Diese Bereiche haben aber eines gemeinsam: Sie sorgen nämlich dafür, dass unserer Gesellschaft die jungen Menschen, die eine Gesellschaft tragen, nicht ausgehen. Denn ohne diese jungen Menschen wird unsere Gesellschaft der demografischen Entwicklung nicht standhalten, sondern von ihr überrollt werden. Bei der Familie ist noch für jeden auf den ersten Blick offensichtlich, wie sie die Gesellschaft bereichert. Denn sie gilt als Keimzelle der Gesellschaft, und das im wahrsten Sinne des Wortes. Über alle Parteigrenzen hinweg besteht deshalb Einigkeit, dass der Ausbau der Kinderbetreuung einen wichtigen Schritt hin zu einer familien- und kinderfreundlichen Gesellschaft bedeutet.

Es wird jetzt darauf ankommen, dass wir jungen Familien genug Plätze in der Kindertagesbetreuung zur Verfügung stellen. Denn wer die Möglichkeit sieht, sein Kind betreuen zu lassen, wird sich eher für ein Kind oder Kinder entscheiden. Heute heißt für viele Väter und Mütter die Entscheidung immer noch: Familie oder Beruf. Wenn das Betreuungsangebot hingegen stimmt, haben Eltern auch die Wahl, sich für Familie und Beruf zu entscheiden.

Das Angebot stimmt aber nur, wenn es auch vielfältig ist. Deshalb begrüßen wir es, dass das Land auch bei der Kindertagesbetreuung einer Forderung der FDP nachgekommen ist und in Zukunft nicht nur öffentliche und gemeinnützige Träger von Betreuungseinrichtungen fördern will, sondern auch gewerbliche Träger. Die Kritik, die die Gewerkschaft Verdi unlängst an den gewerblichen Trägern geübt hat, geht jedenfalls vollkommen am Thema vorbei. Denn mit einer größeren Zahl von Trägern haben wir auch mehr Anbieter. Dann entsteht Wettbewerb und die Chance auf ein Betreuungsangebot, das noch besser auf die Bedürfnisse von Familien zugeschnitten ist, zum Beispiel was die Öffnungszeiten vormittags und vor allem in den Abendstunden anbelangt, aber auch in den Ferien- und Urlaubszeiten.

Öffentliche, gemeinnützige und gewerbliche Träger - sie alle tragen dazu bei, dass die Zahl der Kinderbetreuungsplätze ausgeweitet wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren, mehr Plätze werden aber allein nicht ausreichen, denn neben der Quantität muss auch die Qualität der Betreuung stimmen. Eine qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur echten Chancengleichheit zu Beginn der Grundschule. Aus unserer Sicht war es deshalb der richtige Schritt, das dritte Kindergartenjahr kostenfrei zu machen. Mittelfristig setzen wir uns, die Liberalen, aber dafür ein, dass dieses dritte Kindergartenjahr nicht nur kostenfrei angeboten wird, sondern auch verpflichtend ist. Ein Ziel von uns, über das wir im Landtag in Zukunft sicher noch diskutieren werden. Der Kindergarten soll auch auf die Schule vorbereiten. Dabei darf es aber nicht dazu kommen, dass der Kindergarten selbst völlig verschult wird. Spielerisches Lernen muss und soll weiterhin bei der frühkindlichen Bildung im Vordergrund stehen.

Junge Menschen für die Gesellschaft zu gewinnen, ist aber nicht nur Aufgabe der Familienpolitik, sondern auch Aufgabe der Migrations- und Integrationspolitik. Bei ausländischen Jugendlichen haben wir zum Beispiel überproportional viele Schüler, die die Schule ohne Abschluss verlassen. Und nur 3,6 Prozent der Schüler mit Abitur sind ausländischer Herkunft. Nur mit einer guten Schulausbildung aber haben junge Menschen die Chance auf eine Ausbildung und vor allem später die Chance auf den Start ins Berufsleben. Wenn wir die Gesellschaft demografiefest machen wollen, dann müssen wir vor allem dafür sorgen, dass Ausländer und vor allen Dingen ausländische Jugendliche endlich bessere Chancen auf eine gute Ausbildung erhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, viele wichtige Maßnahmen sind dazu im gemeinsamen Antrag aller Fraktionen dieses Hauses genannt. Ausdrücklich erwähnen möchte ich auch diejenige Jugendarbeit, die sich gezielt um ausländische Jugendliche küm-